

Beschlussprotokoll

6. Sitzung der Legislatur 2019-2023

Dienstag, 21. Januar 2020, 19.00 Uhr, im Seeparksaal

Vorsitz: Parlamentspräsident Jacob Auer, SP/Grüne

Anwesend Stadtparlament: 29 Mitglieder

Entschuldigt: Pascal Ackermann, SVP

Anwesend Stadtrat: Diezi Dominik, CVP, Feuerle Didi, Grüne, Hohermuth Michael, FDP, Schmid Luzi, CVP, Zimmermann Jörg, XMV

Protokoll: Holenstein Nadja, Parlamentssekretärin

1. Mitteilungen:

Informationen aus der Einbürgerungskommission

- Stankovic Slavisa, 1982, serbischer Staatsangehöriger
- Stankovic Kristijan, 2011, serbischer Staatsangehöriger
- Stankovic Sofija, 2014, serbische Staatsangehörige
- Canoski Naser, 1979, nordmazedonischer Staatsangehöriger
- Canoska Azretka, 1980, nordmazedonische Staatsangehörige
- Canoska Nermina, 2004, nordmazedonische Staatsangehörige

2. Reglement über die Reserve Ausgleich Wertschwankungen Finanzanlagen

Das Reglement über die Reserve Ausgleich Wertschwankungen Finanzanlagen wurde an der Parlamentssitzung vom 17. September 2019 beraten. Aus der ersten Lesung sind keine zusätzlichen Anträge eingegangen. Für die 2. Lesung liegt dem Stadtparlament eine überarbeitete Fassung mit Anträgen des Stadtrates vor.

Felix Heller, SP/Grüne stellt folgenden Antrag zum Titel:

Reglement über die Reservebildung für Wertschwankungen des Finanzvermögens.

Der Antrag von Felix Heller, SP/Grüne wird einstimmig angenommen.

Der Stadtrat beantragt folgende Änderung von Art. 1

Art. 1 Grundsätze

Die Reserve Ausgleich Wertschwankungen Finanzanlagen dient dem Ausgleich von Wertschwankungen der Finanz- und Sachanlagen des Finanzvermögens.

Der Antrag des Stadtrates zu Abs. 1 wird stillschweigend angenommen.

Cyrill Stadler, FDP/XMV stellt folgenden Antrag zu Art. 1 Abs. 2

Art. 1 Grundsätze

² Der Bestand der Reserve beträgt maximal 25 Prozent des Buchwertes der Finanz- und Sachanlagen des Finanzvermögens.

Der Antrag von Cyril Stadler, FDP/XMV wird mit 19 zu 10 Stimmen angenommen.

Ueli Nägeli, SVP stellt folgenden Antrag von Art. 1 Abs. 3

Art. 1 Grundsätze

² Die Bilanzierung und Bewertung hat nach Vorgaben im Handbuch HRM2 des Kanton Thurgau zu erfolgen.

Der Antrag von Ueli Nägeli, SVP wird mit 4 zu 25 Stimmen abgelehnt.

Der Stadtrat beantragt folgende Änderung von Art. 2

Art. 2 Einlage in die Reserve

In die Reserve Ausgleich Wertschwankungen Finanzanlagen wird die gesamte jährliche Wertsteigerung der Finanz- und Sachanlagen des Finanzvermögens im entsprechenden Jahr eingeleget. Zusätzliche Einlagen sind nicht möglich.

Der Antrag des Stadtrates gilt stillschweigend als angenommen.

Der Stadtrat beantragt folgende Änderung von Art. 3

Art. 3 Entnahme aus der Reserve

Die Entnahme aus der Reserve entspricht dem Wertverlust der Finanz- und Sachanlagen des Finanzvermögens im entsprechenden Jahr, soweit der Bestand der Reserve dafür ausreicht. Zusätzliche Entnahmen sind nicht möglich.

Der Antrag des Stadtrates gilt stillschweigend als angenommen.

Der Stadtrat beantragt folgende Änderung von Art. 4

Art. 4 Verzinsung

Die Reserve wird nicht verzinst.

Der Antrag des Stadtrates gilt stillschweigend als angenommen.

Der Stadtrat beantragt folgende Änderung von Art. 5

Art. 5 Veräußerung an Dritte

Werden Finanz- oder Sachanlagen des Finanzvermögens teilweise oder ganz veräußert, ist der entsprechende Anteil an der Reserve Ausgleich Wertschwankungen Finanzanlagen aufzulösen und resultierende Gewinne oder Verluste der Erfolgsrechnung der Stadt Arbon gutzuschreiben oder zu belasten.

Der Antrag des Stadtrates gilt stillschweigend als angenommen.

Der Stadtrat beantragt die Streichung von Art. 6 Buchhalterische Behandlung

Der Antrag des Stadtrates gilt stillschweigend als angenommen.

Die 2. Lesung ist somit abgeschlossen. Die Redaktionslesung und Schlussabstimmung erfolgt voraussichtlich an der Parlamentssitzung vom 25. Februar 2020 statt.

3. Einbürgerungsreglement 2019

Mit der Botschaft an das Stadtparlament vom 11. Juni 2019 beantragt der Stadtrat der Revision des Einbürgerungsreglements 2019 zuzustimmen.

Mit Kommissionsbericht vom 9. Dezember 2019 empfiehlt die vorberatende Kommission einstimmig das Einbürgerungsreglement mit Einbezug der Änderungsanträge anzunehmen.

Eintreten ist unbestritten.

Materielle Beratung

Riquet Heller, FDP/XMV stellt folgenden Antrag zum Untertitel

II. EINBÜRGERUNGSKOMMISSION UND EINBÜRGERUNGSDIENST

Der Antrag von Riquet Heller, FDP/XMV wird mit 3 zu 25 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Riquet Heller, FDP/XMV stellt folgenden Antrag zu Art. 4l

Art. 4 Bürgerrechtsdienst

¹ Der Bürgerrechtsdienst untersteht in allen Belangen des Einbürgerungswesens der Einbürgerungskommission. Er wird von der Stadtverwaltung personell besetzt und untersteht administrativ der zuständigen Verwaltungsabteilung.

² Zu seinen Aufgaben gehören u.a:

- a) Kontakt mit den Bürgerrechtsbewerberinnen und -bewerbern und deren Beratung;
- b) Erteilung allgemeiner Auskünfte und Informationen über die Voraussetzungen der Einbürgerung;
- c) Korrespondenz im Einbürgerungswesen;
- d) Erhebungen für die Einbürgerung;
- e) Erstellen der Traktandenliste für die Sitzungen in Zusammenarbeit mit dem Kommissionspräsidium und Zustellung an die Mitglieder;
- f) Protokollführung bei den Sitzungen der Einbürgerungskommission;
- g) Ausfertigung und Begründung der Entscheide;
- h) allgemeine Unterstützung des Kommissionspräsidiums.

³ Die Leitung des Bürgerrechtsdienstes gehört der Einbürgerungskommission mit beratender Stimme und dem Recht auf Antragsstellung an.

Der Antrag von Riquet Heller, FDP/XMV zur Verschiebung des Abs. 1 in Abs. 3 und der neuen Formulierung wird mit 26 zu 3 Stimmen angenommen.

Der Antrag von Riquet Heller, FDP/XMV zur neuen Formulierung von neu Abs. 1 (alt Abs. 2) wird mit 26 zu 3 Stimmen angenommen.

Der Antrag von Riquet Heller, FDP/XMV zur Änderung von neu Abs. 2 (alt Abs. 3), Ziff. C) wird mit 28 zu 1 Stimme angenommen.

Riquet Heller, FDP/XMV stellt folgenden Antrag zu Art. 5 Abs. 2

Art. 5 Gesuchseingang

² Gesuche gemäss § 8 Abs. 3 2. Satz KBÜG werden ohne weitere Abklärungen an die Einbürgerungskommission zum Entscheid weitergeleitet.

Der Antrag von Riquet Heller, FDP/XMV wird mit 28 zu 1 Stimme angenommen.

Daniel Bachofen, SP/Grüne stellt folgenden Antrag zu Art. 5 Abs. 3 Ziff. 1

Art. 5 Gesuchseingang

³ Bei Gesuchen gemäss § 8 Abs. 2 KBÜG fordert der Bürgerrechtsdienst die Gesuchstellenden auf, ergänzend zu den Unterlagen gemäss § 8 Abs. 2 KBÜV einzureichen:

1. Handschriftliches, begründetes Gesuch in Briefform von jeder in das Gesuch einbezogenen Person ab dem 16. Altersjahr, weshalb das Schweizer Bürgerrecht gewünscht wird. Weiter hat das Gesuch die Beziehung zum Herkunftsland und die persönlichen Zukunftspläne darzulegen;

2. ...

Der Antrag von Daniel Bachofen, SP/Grüne wird mit 18 zu 11 Stimmen angenommen.

Riquet Heller, FDP/XMV stellt folgenden Antrag zu Art. 5 Abs. 3 Ziff. 2

Art. 5 Gesuchseingang

³ Bei Gesuchen gemäss § 8 Abs. 2 KBüG fordert der Bürgerrechtsdienst die Gesuchstellenden auf, ergänzend zu den Unterlagen gemäss § 8 Abs. 2 KBüV einzureichen:

1. ...
2. tabellarischer Lebenslauf für jede Person einzeln ab Geburt bis heute, mindestens enthaltend alle besuchten Schulen, vollständige Angaben über die beruflichen Ausbildungen, sämtliche Arbeitsstellen mit Angaben über alle Erwerbstätigkeiten und das Pensum, selbständige Erwerbstätigkeiten, alle Mitgliedschaften, alle Wohnorte sowie sämtliche Orte und Daten von Militärdienst.
3. ...

Bill Mistura, SVP stellt folgenden Antrag zu Art. 5 Abs. 3 Ziff. 2

Art. 5 Gesuchseingang

³ Bei Gesuchen gemäss § 8 Abs. 2 KBüG fordert der Bürgerrechtsdienst die Gesuchstellenden auf, ergänzend zu den Unterlagen gemäss § 8 Abs. 2 KBüV einzureichen:

1. ...
2. tabellarischer Lebenslauf für jede Person einzeln ab Geburt bis heute, mindestens enthaltend alle besuchten Schulen, vollständige Angaben über die beruflichen Ausbildungen, sämtliche Arbeitsstellen mit Angaben über alle Erwerbstätigkeiten und das Pensum, selbständige Erwerbstätigkeiten, alle Mitgliedschaften, alle Wohnorte sowie sämtliche Orte und Daten von Militärdienst und Militäreinsätze.
3. ...

Der Antrag von Bill Mistura, SVP wird dem Antrag von Riquet Heller, FDP/XMV gegenübergestellt. Der Antrag von Bill Mistura, SVP obsiegt mit 16 zu 13 Stimmen. Der obsiegende Antrag von Bill Mistura, SVP wird dem Antrag des Stadtrates gegenübergestellt. Der Antrag von Bill Mistura, SVP wird mit 24 zu 5 Stimmen angenommen.

Riquet Heller, FDP/XMV stellt folgenden Antrag zu Art. 5 Abs. 2 Ziff. 4

Art. 5 Gesuchseingang

³ Bei Gesuchen gemäss § 8 Abs. 2 KBüG fordert der Bürgerrechtsdienst die Gesuchstellenden auf, ergänzend zu den Unterlagen gemäss § 8 Abs. 2 KBüV einzureichen:

3. ...
4. begründete schriftliche Empfehlungen von zwei in Arbon wohnenden handlungsfähigen und volljährigen Personen, die seit mindestens 10 Jahren im Besitze des Schweizer Bürgerrechts sind und gegenüber welchen im Verhältnis zur Gesuchstellerin bzw. dem Gesuchsteller kein Ausstandgrund vorliegt.
5. ...

Christine Schuhwerk, FDP/XMV folgenden Antrag zu Art. 5 Abs. 2, Ziff. 4

Art. 5 Gesuchseingang

³ Bei Gesuchen gemäss § 8 Abs. 2 KBüG fordert der Bürgerrechtsdienst die Gesuchstellenden auf, ergänzend zu den Unterlagen gemäss § 8 Abs. 2 KBüV einzureichen:

3. ...
4. begründete schriftliche Empfehlungen von zwei in Arbon wohnenden handlungsfähigen und volljährigen Personen, die seit mindestens 10 Jahren im Besitze des Schweizer Bürgerrechts sind.
5. ...

Der Antrag von Riquet Heller, FDP/XMV wird dem Antrag von Christine Schuhwerk, FDP/XMV gegenübergestellt. Der Antrag von Christine Schuhwerk, FDP/XMV obsiegt mit 18 zu 11 Stimmen. Der obsiegende Antrag von Christine Schuhwerk, FDP/XMV wird dem Antrag des Stadtrates gegenübergestellt. Der Antrag von Christine Schuhwerk, FDP/XMV wird mit 25 zu 1 Stimme bei 3 Enthaltungen angenommen.

Riquet Heller, FDP/XMV stellt folgenden Antrag zu Art. 5 Abs. 2 Ziff. 7

Art. 5 Gesuchseingang

³ Bei Gesuchen gemäss § 8 Abs. 2 KBüG fordert der Bürgerrechtsdienst die Gesuchstellenden auf, ergänzend zu den Unterlagen gemäss § 8 Abs. 2 KBüV einzureichen:

6. ...
7. weitere Unterlagen gemäss Anordnung der Einbürgerungskommission oder des Bürgerrechtsdienstes.

Der Antrag von Riquet Heller, FDP/XMV wird einstimmig angenommen.

Riquet Heller, FDP/XMV stellt folgenden Antrag zu Art. 7 Abs. 1

Art. 7 Erhebungsbericht

¹ Der Bürgerrechtsdienst erstellt Erhebungsberichte gemäss Art. 17 Verordnung über das Schweizer Bürgerrecht vom 17. Juni 2016 (BÜV), bzw. gemäss den Vorgaben des Staatssekretariates für Migration.

² Für die Erstellung des Erhebungsberichts können die Gesuchstellenden zu einem Gespräch eingeladen werden.

⁴ Erfüllt die oder der Gesuchstellende aufgrund des Erhebungsberichts die Voraussetzungen zur Einbürgerung offensichtlich nicht, leitet der Bürgerrechtsdienst das Gesuch an die Einbürgerungskommission zum Entscheid weiter. Art. 6 Abs. 3 und 4 gelten sinngemäss.

Der Antrag von Riquet Heller, FDP/XMV wird mit 23 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Die vorberatende Kommission stellt folgenden Antrag zu Art. 8 Abs. 2

Art. 8 Schriftliche Prüfung

² Die Bestimmungen von Art. 6 Abs. 3 und 4 sowie Art. 11 gelten sinngemäss.

Der Antrag der vorberatenden Kommission wird stillschweigend angenommen.

Die vorberatende Kommission stellt folgenden Antrag zu Art. 9

Art. 9 Persönliche Befragung

¹ Nach Vorliegen des Erhebungsberichtes und der Ergebnisse der schriftlichen Prüfung werden die Gesuchstellenden zur persönlichen Vorstellung und zur Befragung zu einer Sitzung der Einbürgerungskommission eingeladen.

² Die Einbürgerungskommission kann auf eine persönliche Befragung verzichten:

- a) im Fall von § 8 Abs. 3 KBüG;
- b) wenn die Einbürgerungsvoraussetzungen offensichtlich nicht erfüllt sind;
- c) wenn die Einbürgerungsvoraussetzungen offensichtlich erfüllt sind. Einzelheiten regelt die Geschäftsordnung;
- d) wenn die Gesuchstellenden die zumutbare Mitwirkung verweigert haben.

Der Antrag der Kommission wird mit 26 zu 3 Stimmen angenommen.

Die vorberatende Kommission stellt folgenden Antrag zu Art. 12

Art. 12 Sistierung

¹ Werden die Anforderungen knapp nicht erfüllt oder bestehen Unsicherheiten, die in absehbarer Zeit geklärt werden können, kann das Gesuch für eine angemessene Dauer sistiert werden.

² Die Sistierung kann auf Antrag des Gesuchstellers aufgehoben werden.

Der Antrag der Kommission wird einstimmig angenommen.

Riquet Heller, FDP/XMV stellt folgenden Antrag zu Art. 13

Art. 13 Auflagen

¹ Die Einbürgerungskommission kann Gesuchstellenden Auflagen machen.

² Kommen Gesuchstellende solchen Auflagen innert vorgegebener Frist nicht nach, ist es möglich, auf das Gesuch nicht einzutreten.

Der Antrag von Riquet Heller, FDP/XMV wird einstimmig angenommen.

Riquet Heller, FDP/XMV stellt folgenden Antrag zu Art. 20

Art. 20 Gesuchseingang

¹ In Arbon wohnhafte Schweizer Bürgerinnen und Bürger haben dem Bürgerrechtsdienst zuhanden der Einbürgerungskommission ein Gesuch einzureichen. Dieses hat anzugeben, ob sie das bisherige Bürgerrecht behalten oder aufgeben wollen.

² Die Gesuchstellenden haben ergänzend zu den Unterlagen gemäss § 6 Abs. 2 KBÜV die Unterlagen gemäss Art. 5 Abs. 3 einzureichen.

Der Antrag von Riquet Heller, FDP/XMV wird mit 19 zu 10 Stimmen angenommen.

Die materielle Beratung der 1. Lesung ist somit abgeschlossen. Die 2. Lesung erfolgt voraussichtlich an der Parlamentssitzung vom 25. Februar 2020.

4. Einführung Jobcoaching

Zur Vorbereitung dieses Geschäftes schlägt das Parlamentsbüro die Bildung einer 7er Kommission vor.

Zur Wahl werden vorgeschlagen:

- Erat Ruth, SP/Grüne
- Künzi Peschee, FDP/XMV
- Lehmann Myrta, CVP/EVP
- Mägert Andre, FDP/XMV
- Neuber Reto, CVP/EVP
- Schöni Roland, SVP
- Wetzel Togni Cornelia, SP/Grüne

Die Mitglieder werden in globo bei eigener Enthaltung einstimmig gewählt. Der Präsident André Mägert, FDP/ XMV wird einstimmig bei eigener Enthaltung gewählt.

5. Ergänzungswahlen in das Wahlbüro

Als Ersatz für die verstorbene Silvia Hagmann, FDP wurde Samra Ibric, FDP einstimmig ins Wahlbüro gewählt.

6. Fragerunde

Es sind vier **schriftliche** Fragen eingegangen.

- Ueli Nägeli, SVP betreffend Stand Industrieprojekt Brunewis
- Christoph Seitler, FDP/XMV betreffend Gestaltung Uferpromenade/Hafendamm
- Ruth Erat, SP/Grüne betreffend Wunderbar
- Daniel Bachofen, SP/Grüne betreffend Änderung Steuergesetz Kanton Thurgau
- Heidi Heine, SP/Grüne betreffend Markierungen an Bäumen auf dem ZIK Areal

4. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtpräsident Dominik Diezi informiert darüber, dass die Legislaturziele 2019-2023 auf der Homepage der Stadt Arbon aufgeschaltet sind.

Ende der Sitzung: 21.55 Uhr.

Arbon, 24. Januar 2020 /nh